Georg Pazderski: Haarsträubender Kontrollverlust

Unkontrollierte Einreise

Berlin, 19. September 2017. Die rund 50 illegal eingeschleusten Migranten, vorgeblich Iraker, die in einem türkischen LKW in Brandenburg entdeckt wurden, sind nach nur gut einem Tag untergetaucht. Den Behörden fehlt jede Spur. Dazu sagt AfD-Bundesvorstandsmitglied Georg Pazderski: "Dieser sehr bedenkliche Vorfall offenbart das ganze Ausmaß an haarsträubendem Kontrollverlust im Rahmen der Migrationskrise und die gedankenlose Gleichgültigkeit der Verantwortlichen.

Es klingt wie ein schlechter Witz: Da werden 50 illegale Migranten aufgegriffen, die keine Pässe haben und in einem türkischen LKW eingeschleust wurden. Angeblich haben sie bereits in zwei weiteren EU-Ländern Asylanträge gestellt. Anstatt sie wegen illegaler Einreise festzunehmen, die Identität festzustellen und sie dann unverzüglich nach Rumänien und Bulgarien abzuschieben, wo sie zuerst Asyl beantragt haben, werden sie in eine Erstaufnahme-Einrichtung verbracht. Dort sind 48 von ihnen am nächsten Morgen spurlos verschwunden.

Brandenburgs Innenminister von der SPD erklärt - ohne auch nur den Anflug eines schlechten Gewissens für sein Totalversagen - man werde erst einmal abwarten, ob sie sich vielleicht in einer anderen Erstaufnahmestelle melden. Toll. Warum denn nur in einer? Wie wäre es denn, wenn sie sich gleich in zehn anderen Stellen, jeweils unter anderem Namen melden? Warum denn pro Person nur einmal kassieren?

Anstatt die deutschen Bürger zu schützen und alles dafür zu tun, sie vor Unheil zu bewahren, wird dem islamistischen Terrorismus Tür und Tor geöffnet und der deutsche Steuerzahler wird weiter durch Asylbetrüger abgezockt. Die Behörden versagen, weil die Politik versagt hat. Deutschland wird unter Merkel vom Rechtsstaat immer mehr zur Bananenrepublik, in der Recht und Gesetz mit Füßen getreten werden.

Am kommenden Sonntag haben die Wähler endlich die Chance, mit ihrer Stimme für die AfD, dieser Katastrophenpolitik eine klare Absage zu erteilen."

www.afdtelevision.de

JF-TV Im Fokus: mit AfD-Spitzenkandidat Georg Pazderski durch Berlin
www.youtube.com/watch?v=E1SD_JRYJjM

Pressekontakt

Alternative für Deutschland (AfD)

Herr Christian Lüth
Schillstraße 9
10785 Berlin

https://afd.de/presse/
christian.lueth@alternativefuer.de

Firmenkontakt

Alternative für Deutschland

Frau Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen
Schillstr. 9
10785 Berlin

https://afd.de
bgs@alternativefuer.de

Die am 6. Februar 2013 gegründete politische Partei Alternative für Deutschland ist in 2017 im Europaparlament und in 13 von 16 Landesparlamenten vertreten. Die Jugendorganisation heißt Junge Alternative, die Zeitung AfD Kompakt und die parteinahe Stiftung Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Als freie Bürger treten die AfD-Mitglieder für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sowie soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, Familienförderung und die gelebten Traditionen deutscher Kultur ein. In der Nachfolge der beiden Revolutionen von 1848 und 1989 artikulieren sie mit ihrem bürgerlichen Protest den Willen, die nationale Einheit in Freiheit zu vollenden und ein Europa zu schaffen, dessen souveräne demokratische Staaten einander in Frieden, Selbstbestimmung und guter Nachbarschaft verbunden sind.

Die AfD setzt sich dafür ein, Volksentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen.

Die verdeckte Parteienfinanzierung, zum Beispiel durch Stiftungen, ist gänzlich aus dem Ruder gelaufen und macht mittlerweile jährlich etwa 600 Millionen Euro aus. Das entspricht dem Vierfachen der eigentlichen verfassungsgerichtlich aus gutem Grund beschränkten Parteienfinanzierung. Die AfD will daher, dass die gesamte staatliche Parteienfinanzierung auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und begrenzt wird.

Die AfD strebt eine Neugestaltung des Wahlsystems an, die dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben und das "freie Mandat" der Abgeordneten stärken soll. Die Parteimitglieder treten für die "freie Listenwahl" bei Landtags- und Bundestagswahlen ein, die unter anderem die Stimmverteilung auf mehrere Kandidaten oder das Streichen einzelner Kandidaten ermöglicht.

Um die Wahl des Bundespräsidenten transparenter und unabhängiger von Parteien durchführen zu können, wollen sie den Bundespräsidenten direkt durch das Volk wählen lassen.

Während Steuerhinterziehung auch bei vergleichsweise kleinen Beträgen in Deutschland verfolgt und bestraft wird, bleibt die ebenso das Gemeinwohl schädigende Steuerverschwendung straffrei. Die AfD will daher einen neuen Straftatbestand der Haushaltsuntreue einführen.

Anlage: Bild